491 11/2011

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Friede den Hütten Krieg den Palästen

Im Frühjahr 1834 prangerte der in Goddelau geborene Georg Büchner in seiner Flugschrift „Der Hessische Landbote“ die Verschwendungssucht der Reichen und Mächtigen an. Er schreibt „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ Daran muss man denken, wenn man die aktuellen Ereignisse verfolgt. Es gibt einen Aufbruch der Empörten, auch hierzulande!

Viele Menschen wollen nicht, dass die Politik von den „Bankstern“ bestimmt wird, dass die „kleinen Leute“ letztlich überall alles ausbaden sollen.

So waren auch die Demonstrationen in Frankfurt ein wichtiger Erfolg. Tausende zogen vom Rathenauplatz ins Bankenviertel. Es entstand ein Protest-Camp auf dem Rasen vor der Europäischen Zentralbank, das so lange es geht aufrechterhalten werden soll und die Diskussion um die Profiteure der Krise weiter beleben wird. Eine Bewegung, die aus der Empörung der von der Krise Betroffenen entstanden ist. Gegenwehr wird immer notwendiger.

Auf Plakaten und Transparenten: „Der Mensch kommt vor dem Profit!“, „Entmachtet die Banken!“.

Vor wenigen Jahren waren es nur vereinzelte Aktionen von attac, der Linkspartei, der DKP und Gleichgesinnter, vor Banken zu ziehen und gegen das Finanzsystem zu protestieren, für eine Vergesellschaftung der Banken einzutreten.

Jetzt ist das in den Köpfen von Vielen. Wir freuen uns darüber und sind weiter dabei. Die DKP/LL-Fraktion überreichte ein Grußschreiben und einen Korb roter Äpfel.

Ach ja, der Freund der hiesigen SPD Joachim Gauck nannte die Proteste „unsäglich albern“.

Mehr zum Thema Seite 4

Ja wo leben die denn?

SPD und Grüne haben mit ihrer Mehrheit im Stadtparlament einen neuen Discounter auf der „Grünen Wiese“ durchgesetzt. Aber schon vor dem Parlamentsbeschluss war man sehr aktiv. So sammelte die SPD Unterschriften für den Netto-Markt. Warum eigentlich? Es heißt, man hätte versäumt im Baugebiet „Plassage lange Äcker“ (einige sagen auch: „Blamage lange Äcker“) eine Versorgungseinrichtung zu schaffen.

Die SPD hörte nicht auf unsere Warnung: „Die schließen dafür eine Filiale!“

Jetzt meint der Fraktionschef Yazdani: „Die SPD hat dem Bauvorhaben damals nur zugestimmt, weil ein eindeutiges Bekenntnis auf Seiten des Netto-Konzerns zugunsten der bestehenden Filialen bestand. Wir hätten dem Bauvorhaben ansonsten unsere Stimme verweigert. Der Netto-Konzern hat damit die Stadt (...) getäuscht." Ja wo lebt der denn?

Und die Grünen? Wir dachten immer - auch sie würden Landschaftszersiedlung bekämpfen. Gleichzeitig soll die Innenstadt „belebt werden“. Da bleiben viele Fragen.

Mehr dazu auf S.3

Spekulanten erzielen riesige Profite auf Kosten der Ärmsten

Die zunehmende Spekulation mit Nahrungsmitteln bedroht Milliarden Menschen in der Dritten Welt.

„Von der Knappheit profitieren" - mit diesem Slogan werben Finanzdienstleister für ihre Rohstofffonds. Doch hier geht es nicht um seltene Edelmetalle, sondern um Nahrungsmittel. Deren relative Knappheit manifestiert sich immer wieder in Form von Hungersnöten.

Das katholische Entwicklungshilfswerk Misereor kritisierte die zunehmende „Spekulation mit Land und Nahrung". So seien die beiden größten Rohstofffonds zwischen 2003 und 2008 von 13 auf 317 Milliarden Dollar gestiegen.

Die Terminmärkte haben sich seit dem Jahr 2000 in Zockerparadiese verwandelt. Die „internationale Finanzlobby" hat die Regulierungsbehörden davon überzeugt, die geltenden Beschränkungen zu lockern, oder ganz aufzuheben. Seitdem gibt es kein Halten mehr.

Hinzu kommen Rohstoff-Deals, die erst gar nicht über offizielle Börsen abgewickelt werden. Solche Geschäfte werden meist per Telefon verabredet. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich schätzt das Volumen dieser Deals allein im vergangenen Jahr auf fast drei Billionen Dollar. Spekulanten wollen schnell Kasse machen.

Misereor: „Wenn die Preise steigen, trifft das 2,9 Milliarden Menschen, die mit weniger als zwei Dollar täglich überleben müssen. Viele Familien sind gezwungen, bis zu 80% ihres Einkommens für Nahrung auszugeben. Für sie sind steigende Preise lebensbedrohlich.

Misereor verwies auf Getreide, das nur noch zu 50 Prozent direkt zu Nahrungsmitteln verarbeitet werde. Etwa 35 Prozent fänden als Tierfutter Verwendung und der Rest werde industriell genutzt. Mit entsprechenden Folgen: Mitte der 90er Jahre gab es weltweit 850 Millionen hungernde Menschen. Heute sind es 950 Millionen.

Die Experten des Welternährungsprogramms sprechen von einem „stillen Tsunami", der die Armen dieser Welt überrollt. Gemeint sind die drastischen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln, die innerhalb eines Jahres mehr als 44 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze drückten. Von der weiter um sich greifenden Mangelernährung bei den ohnehin schon Verarmten ganz zu schweigen. Allein in Äthiopien gilt jedes zweite Kind als unterernährt. Dieser heimtückische Tsunami, der die Kleinsten schon früh aller Chancen beraubt, hat seinen Ursprung auch an den Terminbörsen, wo hochspekulative Fonds Milliarden in die Zockerei mit Weizen und Mais stecken.

Es wird immer deutlicher, der Kapitalismus wird die Welt zerstören.

«Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!»

BILD-Zeitung, 27.10.2010

„Die Griechen sind faul, die Griechen machen ständig Urlaub, wir zahlen den Griechen Luxusrenten, die Griechen haben sich ein fettes Leben gemacht, die Griechen sind korrupt", so hetzt die Bild-Zeitung seit Jahren und viele glauben es. „Die Griechen" gibt es nicht. Die kleinen Leute in Griechenland sollen zahlen für ein falsche Politik. Sie wehren sich. Ihnen gehört unsere Solidarität.

Immer mal an den „blickpunkt" denken!

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt" helfen:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553

LINKE RUNDE

Rüstungsexport Weltmeister EU

Freitag
4. November 2011, 20 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden

Mit Sabine Lösing

Eine gemeinsame Veranstaltung von

Die LINKE Kreisverband Groß-Gerau
Die LINKE – Ortsverband Mörfelden-Walldorf
DKP Mörfelden-Walldorf

15 000 demonstrierten in Mainz für die Nachtruhe

Mehr als 15000 Menschen demonstrierten in Mainz und Wiesbaden gegen Flughafenausbau und Fluglärm und für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Auch aus unserer Stadt waren Bürgerinnen und Bürger dabei. Die DKP/LL-Fraktion war nicht zu übersehen. Die hiesige SPD suchte man vergebens.

Es war die größte Demonstration seit Jahren - ein Zeichen, dass mehr Bürger bereit sind, kontinuierlich steigende Belastungen im Interesse großer Konzerne widerspruchslos hinzunehmen. Auf der anschließenden Kundgebung machten Redner deutlich, dass sie nicht eine „gerechte" Verteilung des Fluglärms fordern, sondern eine Minimierung, die letztlich nur durch eine Begrenzung der Zahl der Flugbewegungen erreicht werden kann.

Bürger aus der ganzen Region ziehen hierbei an einem Strang und lassen sich nicht auseinanderdividieren. Massive Kritik wurde an den Begleitumständen des Ausbaus geäußert, der von mehr der Luftfahrtwirtschaft als den Bürgern verpflichteten Regierenden rücksichtslos vorangetrieben wurde.

Betroffene müssen dagegen mit schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie Schlaganfall, Herzerkrankungen und Depressionen, aber auch Minderung ihrer beruflichen Leistungsfähigkeit rechnen – eine klare Verletzung ihres Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit.

Einer der Redner, Prof. Dr. Thomas Münzel, zitierte dazu den Nobelpreisträger Robert Koch, der schon 1910 prophezeit hatte:

„Eines Tages wird der Mensch den Lärm ebenso unerbittlich bekämpfen müssen, wie die Cholera und die Pest".

Aufklärung erst im Dezember

Unverständlich - das war das meist gehörte Wort nach der letzten Stadtverordnetenversammlung. Um was ging es?

Das Stadtparlament befasst sich mit Neubau und geplanter Schließung eines Netto-Markts. Die DKP / Linke Liste ist gegen den neuen Markt. Wir wiesen vor vielen Monaten darauf hin, dass der Netto-Konzern dann einen der beiden bestehenden, fußläufig zu erreichenden Märkte schließen wird. So kann man keine Innenstadt beleben.

In der Stadtverordnetenversammkung wurde darüber diskutiert ob es eine Verpflichtung des Netto-Konzerns gäbe, die vorhandenen Märkte aufrechtzuerhalten. Der Magistrat sollte außerdem berichten, welche Zusagen es von Netto zur Bestandssicherung gibt und sich intensiv für den Erhalt der vorhandenen Märkte einsetzen. Die rot-grüne Koalition setzte mit ihrer Mehrheit durch, dass der Magistrat bis Dezember und nicht bis Ende Oktober berichten muss.

Vielleicht hofft man, im Weihnachtstrubel ist alles schnell vergessen.

Im Parlament stellten wir zum Thema kurzfristig einen Änderungsantrag. Wir forderten einen Baustopp, bis es eine verbindliche Erklärung zur Bestandssicherung gibt.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Fraktion der DKP/LL bringt am Bauzaun Plakate an und fordert „Baustopp!"

Bankster

Eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben findet gerade statt. Das Vermögen der Millionäre ist in Europa in etwa genauso hoch wie die Verschuldung der Staaten. Diese Summen sind parallel gewachsen durch Steuerdumping, Bankenrettung und Niedriglöhne.
Die Regierungen reden vom Sparen und setzen die Umverteilung fort, verschärfen die Krise. Renten, Sozialausgaben und Löhne sinken. Die, die ihr Geld für den Lebensunterhalt brauchen, haben immer weniger in der Tasche. Die Reichen dagegen haben immer mehr und schieben ihr Geld auf die Finanzmärkte. So geht die reale Wirtschaft kaputt. Die Ursachen der Krise werden nicht bekämpft. Nichts wurde an der ungerechten Verteilung der Einkommen und Vermögen geändert. Die Regierungen lassen nicht die zahlen, die von Spekulation und wachsender Verschuldung profitiert haben – die Millionäre und Banken. Auch die Finanzmärkte wurden nicht reguliert.

Die Politik greift nicht durch, weil die Finanzmafia eine unglaubliche Erpressungsmacht hat. Eine Handvoll Investmentbanker entscheidet heute über die Zinsen, die ganze Staaten zu zahlen haben. Parteien werden mit Spenden geschmiert. Eine Bank wie die Deutsche Bank kann nach Herzenslust zocken. Läuft es gut, fließen Boni und Dividenden. Geht es schief, haftet der Staat.
Die Deutsche Bank hat von den Rettungspaketen indirekt mindestens 20 Milliarden Euro abbekommen, durch die Rettung von Hypo Real Estate, IKB Deutsche Industriebank und die Rettung zahlungsunfähiger Staaten. Sie bekommt zudem von der amerikanischen und der Europäischen Zentralbank Geld fast zum Nulltarif, mit dem sie dann renditeträchtig spielen kann. Ohne Rettungsgelder wäre die Deutsche Bank längst pleite. Die Steuerzahler haben sie gerettet! Sie haben so viel Geld reingesteckt, dass ihnen nach marktwirtschaftlicher Logik die Deutsche Bank gehören müsste. Und die Commerzbank erst recht.
Notwendig wäre: Spekulationsgeschäfte verbieten, die Banken unter öffentliche Kontrolle stellen. Sie darauf verpflichten, wieder ihre Aufgabe zu erfüllen: Spargeld einsammeln und Investitionen finanzieren. Außerdem brauchen wir eine Vermögensabgabe, denn ohne die Reichen heranzuziehen, wird es keine Entschuldung der Staaten geben. Und deren Finanzierung darf nicht länger von den Launen der Banker abhängen.
Viele Menschen blicken mittlerweile durch. Sie haben gelernt. Fragt man heute: „Wer hat eigentlich die Macht im Staat?", sagen die meisten sofort: „Das große Geld - das Kapital". Ältere sagen oft achselzuckend: „Geld regiert die Welt!"
Mittlerweile wissen also viele, in welcher Demokratie wir leben. Vor allem junge Menschen werden jetzt aktiv. Weltweit gehen Menschen auf die Straße. Auch in Deutschland, in Frankfurt, der Hochburg der Zocker und Bankster, in Berlin und anderswo. Es wird sich jedoch erst etwas ändern, wenn der Widerstand groß genug wird. Wenn die Menschen nicht mehr nur mit stiller Wut alles über sich ergehen lassen. Wenn es nicht mehr nur brodelt auf den Straßen, sondern wenn es kocht!

Helga Fritz und Dietmar Treber überbrachten Grüße der DKP / Linke Liste im Protestcamp vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. Sie überreichten „Rote Mörfelder Äpfel" und ein Schreiben, in dem es hieß: „Von unserer Beratung des Haushaltes 2012 der Stadt Mörfelden-Walldorf überbringen wir euch solidarische Grüße. Bei unseren Diskussionen mußten wir erneut feststellen: während von Zockern im kaum gebremsten kapitalistischen System Milliarden „abgeschöpft" werden, fehlt auch den Kommunen das Geld für die Daseinsfürsorge.
Wir sind froh, wenn immer mehr Menschen sagen: „So kann es nicht weitergehen!"
Wir solidarisieren uns mit eurem Engagement und bedanken uns herzlich.
Im Süden unserer Stadt, in Goddelau, wurde 1813 Georg Büchner geboren. Im Frühjahr 1834 prangerte er in seiner Flugschrift „Der Hessische Landbote" die Verschwendungssucht der Reichen und Mächtigen an.
Er schreibt „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!" Daran muss man denken, wenn man die aktuellen Ereignisse verfolgt. Es gibt einen Aufbruch der Empörten, auch hierzulande!
Viele Menschen wollen nicht, dass die Politik von den „Bankstern" bestimmt wird, dass die „kleinen Leute" letztlich überall alles ausbaden sollen.
Thomas Müntzer schrieb 1524: „Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun. Wie kann es die Länge gut werden? So ich das sage, muss ich aufrührerisch sein."

10 Jahre Krieg in Afghanistan

Zum zehnten Jahrestag des Kriegsbeginns am 7. Oktober 2001 spürte man in manchen Medien Nachdenklichkeit. Kaum einer sagt aber, was notwendig ist: Raus aus Afghanistan!
Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) warnte vor einem „übereilten Truppenabzug" und mahnte „strategische Geduld" an. Diese Sprüche sind genau so falsch und verlogen wie die vom einstigen SPD-Minister Peter Struck (SPD) der noch unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt sehen wollte. Sozialdemokraten sollten sich an die alten Forderungen der Arbeiterbewegung erinnern: „Butter statt Kanonen!"
Wir sind für einen unverzüglichen Abzug der Bundeswehr vom Hindukusch. Der Krieg als Mittel der Politik, wie er von Union, SPD, FDP und Grünen legitimiert wird, ist ein in jeder Hinsicht untaugliches und mörderisches Instrument.

Deutschland führt Krieg. Seit zehn Jahren. Obwohl 80% der deutschen Bevölkerung den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan befürworten, wird der Einsatz immer wieder verlängert. Dabei gäbe es, von Menschen- und Völkerrecht einmal abgesehen, ganz praktische Gründe, diesen Krieg zu beenden. Der „Fortschrittsbericht" der Bundesregierung Ende 2010 konnte keine Fortschritte, sondern bestenfalls ein Auf-der-Stelle-Treten feststellen. Doch den hier Herrschenden fällt nichts besseres ein, als die erfolglose Strategie weiterzuführen und noch mehr Soldaten nach Afghanistan zu schicken.
Die Soldaten haben geschworen, ihr Vaterland zu verteidigen. Stattdessen finden sie sich im tausende Kilometer entfernten Kunduz wieder, wo vorgeblich unsere Freiheit verteidigt wird, tatsächlich aber die Transporttrasse für Erdöl. Fast 3000 Deutsche sind dort stationiert. Ein Drittel von ihnen, hat eine Studie der TU Dresden ergeben, erlebt in ihrem Einsatz, wie Menschen in nächster Nähe getötet oder schwer verletzt werden. Viele kommen damit nicht zurecht; etwa tausend sind seit Kriegsbeginn in psychologischer Behandlung gewesen - wegen Depressionen, Schlafstörungen oder Panikattacken.
Sind die Soldaten an ihrer Misere selbst schuld? Viele von ihnen werden durch Arbeitslosigkeit und fehlende Lehrstellen in die Armee gedrängt, die eine solide Ausbildung verspricht. Über die Hälfte der freiwillig länger dienenden Soldaten kommen aus dem Osten, obwohl da nur ein Fünftel der Bevölkerung lebt. Unter den Soldaten in Afghanistan sind es sogar 62%, und entsprechend hoch ist auch ihr Anteil an den inzwischen 46 Gefallenen. In den Medien werden sie als Helden geehrt, bilden sie den Hintergrund für die Selbstdarstellung des jeweiligen Verteidigungsministers. Ob sie dieses Heldentum wollten, fragt keiner. Keiner fragt nach zerstörten Familien und den ersten Kriegswaisen nach 60 Jahren Frieden in Deutschland.
Die Bundeswehr, der seit dem Wegfall der Wehrpflicht die Rekruten ausgehen, rührt lautstark die Werbetrommel. Wir erleben es auch an unserer Bertha-von-Suttner-Schule.
Sie drängt mit ihren Jugendoffizieren in die Schulen, taucht mit ihrer Technik auf Volksfesten und Messen auf. Allein 4,8 Millionen Euro kostete zu Anfang dieses Jahres eine Werbekampagne der Bundeswehr mit TV-Spots sowie Anzeigen u.a. in „Bild".
Wir bleiben bei unseren Forderungen: Bundeswehr raus aus Afghanistan! Keine Bundeswehr-Werbung in Schulen!

Jüdische Spuren
Rundgang durch die Mörfelder Altstadt

„Jüdische Spuren". In Mörfelden gab es im Oktober einen außerordentlich gut besuchten Rundgang durch die Mörfelder Altstadt. Eingeladen hatte der Förderverein Jüdische Geschichte und Kultur im Kreis Groß-Gerau, das Katholische Bildungswerk Südhessen und die Stadt Mörfelden-Walldorf. Hans-Jürgen Vorndran hatte die Veranstaltung mit viel Engagement organisiert. Mitwirkende waren: Jana Hechler, Dietmar Treber, Rudi und Heinz Hechler.

In unserer Stadt wurde über die Zeit des Faschismus von 1933 bis 1945 viel geforscht und veröffentlicht. Es gibt Bücher und Gedenksteine. Überlebende der Verfolgung und Vernichtung wurden eingeladen. Es gibt immer wieder Veranstaltungen. So in jedem Jahr eine Gedenkveranstaltung der „Aktion Toleranz" im November, am Jahrestag der Pogromnacht von 1938.
Der Beginn der Erinnerung war allerdings mühsam.
Rudi Hechler dazu: *Als ich im November 1971 für einen „blickpunkt"-Artikel forschte, war über die Verfolgung jüdischer Bürger unserer Stadt fast nichts rauszukriegen.... Im damaligen Rathausarchiv konnte man zwar nachlesen, wieviel Hafer die Pferde Gustav-Adolfs gefressen hatten. Über das Schicksal der Juden unserer Stadt war nichts zu finden. Damals schrieb ich u.a.: „Es gibt kaum ein Dorf, in dem nicht eine Tafel mit langen Namensreihen an die gefallenen und vermißten deutschen Soldaten erinnert. Viele stumme Opfer aber werden vergessen - die Juden. Die Juden, die früher in Mörfelden wohnten, sind ausgelöscht. Sie fehlen in den Dorfakten, sie fehlen oft schon im Gedächtnis der Bewohner. „Bei uns ist kein KZ-Opfer bekannt." „Aber es gab doch Juden im Ort!" „Ja, die wurden abgeholt." Sie wurden „abgeholt", sie fehlen einfach: ehemalige Nachbarn, Spielgefährten, Kollegen, Freunde. Wenn wir sie nicht wiederfinden, dann haben wir mehr verloren als die Toten zweier Weltkriege. Wir haben die Menschlichkeit eingebüßt."*

Der neue „blickpunkt" am Dalles

Regelmäßig gibt es den neuen „blickpunkt" auf dem Mörfelder Dalles. Während andere Parteien hier nur vor Wahlen auftauchen, tritt die DKP monatlich an.
Es gibt Informationen und wir hören, wo den Bürgerinnen und Bürgern „der Schuh drückt". Der „blickpunkt" erscheint monatlich in einer Auflage von 14.500 Exemplaren, er kommt fast in jedes Haus. Gleichzeitig kann man im Internet lesen: www.dkp-mw.de. Für uns wichtig: die Finanzierung. Die Mandatsträger der DKP/LL finanzieren das meiste. Es gibt aber auch viele Spenden. Es müssen mehr werden, wenn das Projekt „blickpunkt" weitergehen soll. Wir bedanken uns bei allen Spendern!

Erfolgreiche SKV Mörfelden

Empfang am Kerwe-Samstag. *Fotografiert beim Kerwe-Umzug 2011.*

Gegen den weiteren Ausbau des Flughafens

Die Bundeskanzlerin hat die Landebahn „eingeweiht". 282 Hektar wurden platt gemacht. Wertvoller Bannwald. 383 Fußballfelder Natur sind jetzt Beton. Vor drei Jahren stand dort noch Wald.
Heute, 2,8 Kilometer lang: die neue Frankfurter Nordwest-Landebahn. Der Wald unwiederbringlich verloren. Aufforstung von Pappeln an anderer Stelle ist kein Ersatz. Ein Teil der Bäume, die für die Landepiste geschlagen wurden, hat man auf der anderen Seite des Flughafens in die Erde gerammt. 2000 solcher Totholz-Stämme sollen nun wie natürlich abgestorbene Bäume vermodern. So werden Umweltschützer zusätzlich verhöhnt. Was noch? Das Kapital hat sich mal wieder durchgesetzt. Muß das immer so sein? Das hängt an uns allen.

Beruhigungspille Mediation

Bei der Einweihung. Die Kanzlerin (CDU) lobt die Mediation. Künftig sollten solche Verfahren generell dem Bau neuer großer Infrastrukturprojekte vorausgehen. *„Wir brauchen eine neue Form der Öffentlichkeitsbeteiligungen, Sie haben das vorgemacht."*

Hans Eichel (SPD) freut sich auch. *„Ja, ich finde das gut"*, sagt der früher hessische Ministerpräsident, in dessen Amtszeit die Debatte um den Ausbau begann. Ja, es sei richtig gewesen, die Schlichtung anzuregen. Wichtig sei dabei gewesen, dass dies vor der Grundsatzentscheidung geschah. Nicht wie bei Stuttgart 21, wo der Mediator erst eingesetzt wurde, als der Konflikt um den Umbau des Hauptbahnhofs bereist eskaliert war. Einige Jahre früher: Fraport-Sicherheitschef V. Zintel am 9. September 1999 bei einer Veranstaltung des CDU-Wirtschaftsrates - nachdem mit Blick in die Runde - festgestellt wurde *„Wir sind ja hier wohl unter uns, und Presse ist auch keine dabei"* - zum Thema Mediation: *„Ergebnisoffen - das entspricht nicht unseren Intentionen"*, und *„Die Mediation ist geeignet, um viel Luft rauszunehmen"*. Kommentar? Überflüssig.

Gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

KUND GEBUNG

Mittwoch, 9. November 2011
18 Uhr
Rathausplatz Mörfelden
Gedenkstein

Unsere Zeit
Wochenzeitung der DKP

Probeexemplare:

e-Mail: NeueImpulse@aol.com

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484
www.unsere-zeit.de

Stadtgeschichten

Die Kerb in Mörfelden und in Walldorf ist vorbei. Das traditionelle Fest zog auch in diesem Jahr wieder viele Bürger aus beiden Stadtteilen, jeweils an mehreren Tagen, auf die Straßen und „Kerweplätze". Die „Kerweborsch" wie immer aktiv beim Umzug und beim Aufstellen der Kerwebäume mit der daran befestigten „Kerwebopp". Auch die Stimmung war, dank des teilweise noch sommerlichen Wetters, gut und hielt auch am „Kerwemontag" beim Frühschoppen noch an. Dass an Kerb auch schon in früheren Jahren so manche Gaudi ablief, belegen oft alte Fotografien. So auch unsere heutige über 40 Jahre alte Aufnahme aus dem Jahre 1970. Es war vor dem Lokal der damaligen Kerweburschen, dem „Gasthaus zur Krone" in der Mörfelder Langgasse. Dort fand auf dem Rundkurs Langgasse-Kirchgasse-Langasse mit Start und Ziel an der Krone, das später noch öfter abgehaltene Schubkarrenrennen statt. Auf den beiden zu schiebenden Karren lag jeweils ein leeres 50 Liter Bierfass und es gab schöne Preise zu gewinnen. Das Rennen wurde professionell mit Startschusspistole und Stoppuhr durchgeführt. Ein früherer Kerweborsch meinte dieser Tage die gestoppten Zeiten seien olympiareif gewesen, und die Frauenquote war auch gesichert. Das ganze Spektakel zog immer viele Zuschauer an. Unser Foto zeigt einige bekannte Gesichter.
Ganz links sehen wir Walter Schulmeyer mit der Startpistole, dann mit „Rancherhut" Adolf Ziegler (die Kerweborsch nannten sich damals die „Silberrancher"), daneben Georg Schulmeyer (Omnibus-Schulmeyer), Heinrich Creter, Jakob Dickhaut, Rosemarie Schulmeyer und am linken Schubkarren Lenchen Hofmann.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa

MusikZeitmaschine
Samstag, 5. November, 21 Uhr
Eintritt: 3 €

Querbeat Freitag, 11. November, 20 Uhr

DJ-Abend Eintritt frei

Steinzeit der feinen Küche: Die 50er Jahre
Samstag, 12. November, 20 Uhr
Karten zu 15 € / 10 €

16 Bit - Konsolenabend
Freitag, 18. November, 20 Uhr

Quiz-Night
Freitag, 25. November
Anmeldung ab 20 Uhr, Beginn 21 Uhr

Theater: KASSANDRA
mit Cornelia Gutermann-Bauer - Regie: Günter Bauer
Samstag, 26 November, 20 Uhr
Eintritt: EUR 10,-/ermäßigt EUR 5,-

Unser Lexikon

Schbrisch

Morjestunn
hott Gold im Mund
(unn Blei im Arsch).

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Tel. 22362 - RudiH@dkp-mw.de - www.dkp-mw.de